

# POLITIK FÜR KINDER!

Zur neuen Kinder- und Familienpolitik der Bundesregierung

Dokumentation des 7. Geschlechterdemokratischen Dialogs  
der Heinrich-Böll-Stiftung am 18. April 2002 in Berlin

Schriften zur Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung, Nr. 2:  
Politik für Kinder! – Zur neuen Kinder- und Familienpolitik der Bundesregierung  
Dokumentation des 7. Geschlechterdemokratischen Dialogs der Heinrich-Böll-Stiftung am 18. April  
2002 in Berlin. Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

1. Auflage, Mai 2002  
© bei der Heinrich-Böll-Stiftung  
Alle Rechte vorbehalten  
Druck: trigger, Berlin

Bestelladresse:  
Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin,  
Tel. 030-285340, Fax: 030-28534109, E-mail: [info@boell.de](mailto:info@boell.de) Internet: [www.boell.de](http://www.boell.de)

## VORWORT

Kinder werden sozialpolitisch vorwiegend als Teil der Familie wahrgenommen (oder als Privatsache betrachtet), obwohl sie laut UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf eigene soziale Sicherheit haben. Wie soll aber eine Ausstattung der Kinder mit eigenständigen Rechten auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie an politischen und ökonomischen Ressourcen aussehen? Und: Wie werden Interessen und Bedürfnisse von Kindern geschlechtsdifferenziert berücksichtigt?

Kinder brauchen Zeit, die sie mit beiden Elternteilen verbringen können. Berufs- und Familienarbeit beschränken sowohl Umfang als auch Qualität dieser Zeit. Welchen Beitrag leistet etwa der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit und die Neuregelung der Elternzeit dazu, daß Frauen und Männer mehr Zeit für Kinder haben? Welche Konzepte sind denkbar, um Männer zum aktiven Vatersein zu motivieren?

Das Thema Kinder- und Familienpolitik hat in den letzten Wochen, nicht zuletzt durch die Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder, besondere Aktualität bekommen. Der Bundeskanzler hat die Relevanz des Themas für die weitere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung betont und ein Zukunftsprogramm „Bildung und Betreuung“ für die nächste Legislaturperiode angekündigt.

Auch die beiden Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen die Kinder- und Familienpolitik neu ausrichten und zum Wahlkampfthema machen. Wie ernst es beiden Parteien mit diesem Anliegen ist, sollte in einem Gespräch mit Bundesministerin Dr. Christine Bergmann und dem Vorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Fritz Kuhn, geklärt werden. Forderungen an eine „Politik für Kinder“ wurden von Sabine Walther (Deutscher Kinderschutzbund) und Dr. Werner Sauerborn (Zeitschrift „Paps“) formuliert.

Die Veranstaltung schließt an eine Fachtagung im Oktober 2001 an, auf der eine Bilanz der bisherigen rot-grünen Geschlechterpolitik gezogen wurde. Nun sollten mit Blick auf die Kinder neue Ansätze und Forderungen für eine geschlechterdemokratische Politik diskutiert werden.

Die Reihe „Geschlechterdemokratische Dialoge“, in deren Rahmen das Gespräch stattfand, wurde konzipiert, um Expertinnen und Experten aus Theorie und Praxis zusammenzubringen. Wir möchten damit die Idee und Vision von Geschlechterdemokratie in der Gesellschaft vorantreiben und Impulse für die Politik geben.

Zum Schluß möchten wir uns noch bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die an der Vorbereitung der Veranstaltung beteiligt waren; insbesondere bei Kerstin Ahrens für die Organisation.

Berlin, im Mai 2002

Gabriele Schambach und Henning von Barga  
Stabsstelle Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung

# POLITIK FÜR KINDER!

## ZUR NEUEN KINDER- UND FAMILIENPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG

Ein Gespräch mit

Dr. Christine Bergmann, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Dr. Fritz Kuhn, Vorsitzender Bündnis 90/Die Grünen

Sabine Walther, Vizepräsidentin des Deutschen Kinderschutzbundes

Dr. Werner Sauerborn, Paps – Zeitschrift für Väter

Moderation: Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Ralf Fücks: Die Familienpolitik steht momentan im Zentrum der gesellschaftspolitischen Debatte. Insofern sind wir mit dieser Veranstaltung hochaktuell. Ihr Akzent liegt allerdings auf der Kinderpolitik. Diese überschneidet sich zwar mit der Familienpolitik, geht jedoch nicht in ihr auf. Kinderpolitik ist ein weites Feld. Es geht um Rechte und Lebensbedingungen von Mädchen und Jungen als eigenständige Wesen und um die Gestaltung einer kinderfreundlichen Gesellschaft. Um diesen Themenbereich soll sich die Diskussion zunächst drehen. Im zweiten Teil werden wir uns dann stärker mit der Frage „Leben mit Kindern“ befassen: Vor allem mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, den veränderten Anforderungen an die öffentliche Kinderbetreuung und den Konsequenzen für Arbeitszeitgestaltung und Geschlechterrollen. Wir diskutieren dieses Thema ja nicht zufällig im Rahmen unserer Reihe „Geschlechterdemokratische Dialoge“.

Sabine Walther: Wir freuen uns als Kinderschutzbund natürlich sehr, daß Kinderpolitik endlich mal Wahlkampfthema ist. Als Vertreterin des Kinderschutzbundes argumentiere ich natürlich aus der Sicht der Kinder, und das heißt: daß Kinder eigenständige Rechte haben. Wir finden es nachvollziehbar, daß der berühmte Spruch Konrad Adenauers „Kinder kriegen die Leute sowieso“ heute an Gültigkeit verloren hat. Die Leute in Deutschland haben heute nämlich einen Grund, daß sie nicht mehr „sowieso“ Kinder kriegen. Es ist sehr gut, daß die Politik das jetzt erkannt hat. Dafür danken wir der jetzigen Bundesregierung sehr. Sie hat uns auch schon öfter um Rat gebeten, und so nehmen wir den heutigen Abend zum Anlaß, unseren Rat auch für die Zukunft anzubieten.

Aus unserer Sicht ist an der gegenwärtigen Debatte zu bemängeln, daß das Recht auf soziale Sicherheit der Kinder gegenüber dem Bedarf an Tagesbetreuung ausgespielt wird. Das kann es nämlich nicht sein. Ich sage Ihnen ein Beispiel, warum das nicht funktioniert. In der DDR gab es eine entsprechende Tagesbetreuung und soziale Sicherheit, wenn auch in anderer Form. Betrachtet man diese Praxis bezüglich der Geschlechtergleichheit, so wird deutlich, daß die Familienarbeit nicht automatisch geteilt wurde. Die Hauptverantwortung lag trotzdem hauptsächlich bei den Frauen. Heute haben sich die Verhältnisse noch einmal verändert. Die Arbeitssituation ist eine ganz andere. Sehr viele Familien kennen ein gemeinsames Wochenende gar nicht mehr. Das bedeutet, Tagesbetreuungssysteme müssen flexibel auf Familien abgestellt sein.

Kinder haben nicht nur ein Recht auf soziale Sicherheit, Bildung, Betreuung und auf Schutz vor Gefahren, sie haben auch ein Recht auf Familie. Dementsprechend ist Teilzeitarbeit natürlich sehr zu begrüßen. Es gibt ja auch schon die ersten Schritte in die richtige Richtung. Es nützt jedoch nichts, eine gute Tagesbetreuung zu installieren, wenn die Teilzeitarbeit in vielen Berufsgruppen weiterhin nicht ausreicht, um ein Einkommensniveau zu erreichen, das ein würdiges Familienleben gewährlei-

stet. Es geht darum, daß Kinder als solche sozial abgesichert sein müssen. Wir haben nicht umsonst, zusammen mit vielen anderen Organisationen, letztes Jahr ein einheitliches Kindergeld von 600 DM gefordert. Für alle Kinder. Kinder haben, darf nicht bedeuten, Angst davor zu haben, deshalb in Armut zu fallen. Ich denke, allen ist klar, daß heute vor allem Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern von Armut betroffen sind. Es ist heutzutage finanziell fast nicht mehr machbar, über drei Kinder zu haben. Selbst in einem Mittelstandsberuf, selbst für wirklich gut Verdienende sind drei Kinder eine hohe finanzielle Belastung. Das ist für einen Staat wie den unseren einfach beschämend. Deshalb muß es auf jeden Fall eine Grundsicherung geben. Das Recht auf soziale Sicherheit muß garantiert sein.

Es wäre aus unserer Sicht sehr wichtig, daß die Politik die beiden Bereiche „soziale Sicherheit“ und „Tagesbetreuung“ nicht gegeneinander ausspielt. Dies gilt insbesondere im Wahlkampf. Tagesbetreuung und Bildung müssen kindgerecht sein. Kinder müssen Spaß daran haben. Sie müssen motiviert sein zu lernen und dürfen nicht einfach in irgendwelchen Riesengruppen weggeschlossen werden, in denen ausschließlich darauf geachtet wird, daß sie sich nicht weh tun.

Ralf Fücks: Frau Bergmann, was ist aus Ihrer Sicht vor allem zu tun? Wir wollen jetzt weniger die Erfolge der rot-grünen Regierung feiern, dafür wird der Wahlkampf noch Gelegenheit geben. Uns interessiert vor allem, wie es kinderpolitisch weitergehen soll und an welchem Leitbild sich die Politik orientiert. Die Differenzen, die in den letzten Tagen deutlich geworden sind, liegen ja nicht nur in der Frage, wer am meisten Geld für Familien und Bildung verspricht. Es geht auch und vor allem um unterschiedliche gesellschaftspolitische Vorstellungen über das Leben mit Kindern und die Rolle von Männern und Frauen.

Christine Bergmann: Ich will jetzt zwar nicht bilanzieren, aber ich will eines noch mal in den Vordergrund stellen. Das, was für uns Grundlage der Kinderpolitik ist, ist der Ausgangspunkt, daß Kinder eigenständige Persönlichkeiten und nicht nur als Teil der Familie zu begreifen sind. Natürlich spielt die Familienpolitik hier eine erhebliche Rolle, aber wir sehen Kinder auch als Persönlichkeiten mit eigenen Rechten. Wir versuchen, aus der Perspektive der Kinder zu denken und die Bedingungen zu schaffen, daß Kinder diese Rechte wahrnehmen können. Und das sind sehr umfangreiche Rechte. Mit vielen anderen zum Beispiel ist es das Recht auf eine gesunde Umwelt, die im Blick der Politik behalten werden müssen.

Ich möchte eines deutlich machen, das mir ganz wichtig ist und woran wir auch sehen, wo sich die Trennlinie zwischen der Regierungskoalition und der Opposition befindet: das Recht der Kinder auf eine gewaltfreie Erziehung. Das liegt uns sehr am Herzen. Das ist nun endlich umgesetzt und wird zur Vermittlung in der Öffentlichkeit von Kampagnen begleitet. Da gab es keine Zustimmung von Seiten der Opposition. In der heutigen Bundestagsdebatte hat Herr Merz von der CDU noch erklärt: „Was haben Sie eigentlich, das haben wir doch schon mit dem Kindschaftsrecht geregelt“. Aber wir wissen, daß es so umfassend eben nicht geregelt war, daß es Gewalt in der Erziehung, jede Form von Gewalt, generell ausschließt. Wir wollen ein anderes Leitbild in der Erziehung haben. Das ist ein ganz grundlegender Punkt in der Kinderpolitik, an dem auch klar wird, wofür diese Regierung steht.

Sie haben im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung das Recht auf soziale Sicherheit angesprochen. Das müssen keine Gegensätze sein. Wenn es um die soziale Sicherheit von Kindern geht, muß man auch die Einkommenssituation in der Familie berücksichtigen. Und da sehen wir dann, daß überall dort, wo Kinderbetreuung nicht gewährleistet ist, die Einkommenssituation eben ziemlich dürftig ist.

Ich will ein Beispiel aus dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung nennen. Bei den Alleinerziehenden ist die Situation besonders schwierig. Deren Anteil in der Gruppe derer, die als

arm gelten, ist in den alten Bundesländern doppelt so groß wie in den neuen. Das hat natürlich etwas mit der Kinderbetreuung zu tun. Was wir in den Neuen Ländern noch einigermaßen haben und was erhalten werden muß, ist in den alten überhaupt nicht gewährleistet. Deswegen bietet sich dort überhaupt nicht die Wahlmöglichkeit zwischen Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung. Da sind wir an einem Punkt, der uns in der Kinder- und auch in der Familienpolitik ganz erheblich von der Opposition der konservativen Parteien unterscheidet. Es war in der Bundestagsdebatte zur Familienpolitik heute in vielen Nebensätzen herauszuhören, daß wir von ganz unterschiedlichen Familienbildern ausgehen. Wir sagen, wir akzeptieren alle Familienformen. Es gibt eine breite Vielfalt. Wenn dann Herr Merz sagt, „und dann gibt es ja noch so beliebige Lebensgemeinschaften“, also alles, was außerhalb des Trauscheins passiert, auch wenn es die gleiche Qualität des Zusammenlebens hat, dann werden diese durch solch eine Aussage von vornherein diskreditiert. Das finde ich schon höchst bedenklich, weil dabei der Ansatzpunkt eben nicht bei den Kindern liegt. Hinzu kommt, daß wir wissen, daß ein Trauschein ja auch keine Qualität garantiert. Es ist mir erstmal gleichgültig, das sage ich als eingefleischte Ehefrau, wie Menschen mit Kindern zusammenleben. Wenn die Fürsorge für die Kinder funktioniert, wenn das Eintreten füreinander stattfindet, wenn Kinder eine verlässliche Basis haben, dann ist das der Wert, der zählt. Da gibt es zwischen der Opposition und uns wirklich erhebliche Unterschiede. Deshalb unterscheiden sich auch die Maßnahmen, die für die Zukunft vorgesehen sind, erheblich.

Wir wollen, daß die soziale Sicherheit gewährleistet ist. Auch die Einkommenssicherheit, die etwas mit Würde in einer Familie zu tun hat. Deshalb sagen wir, Vorrang muß in der nächsten Zeit die Kinderbetreuung haben. Dabei geht es nicht darum, daß in der Zeit, in der die Eltern nicht verfügbar sind, nur auf die Kinder aufgepaßt wird, damit nichts passiert. Für uns sind diese Betreuungszeiten stark mit dem Bildungsauftrag verbunden. Wir wissen, daß wir diese Phasen, auch vor der Schule, also dem Zeitraum, den die PISA-Studie gar nicht erfaßt, nicht entsprechend genutzt haben. In diesem Zusammenhang geht es auch um die Qualität der Ausbildung der Erzieherinnen. Und wenn wir diesen Beruf aufwerten, kriegen wir ihn auch aus der rein weiblichen Ecke weg. Das wäre ganz wichtig. Es ist uns ein Anliegen, daß Kinder nicht, bis sie in die Pubertät kommen, überwiegend von Frauen erzogen werden. In der Kleinkindphase ist das so und in der Schule in wesentlichen Teilen auch. Der Aufbau einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung ist für uns enorm wichtig. Das hat mit der Förderung von Kindern zu tun und mit der Frage der Integration, der Chancengleichheit.

Wenn wir uns die PISA-Studie anschauen und fragen, wer schafft es einigermaßen, wer kann die Möglichkeiten einigermaßen nutzen, dann sehen wir, daß die sozial Schwachen und die nicht-deutschen Kinder, die Zugewanderten, auf der Strecke bleiben. Deswegen muß man früh ansetzen. Das ist auch eine Aufgabe der Kinderbetreuung, Kinder zu integrieren, um ihnen die Möglichkeit zu bieten, gleiche Chancen zu haben, um in der Gesellschaft weiterzukommen. Das sind zentrale Aufgaben.

Wir befinden uns in dieser eben skizzierten Kontinuität der Familien- und der Kinderpolitik, und wir wissen, wir haben für die nächste Legislaturperiode noch genug zu tun.

Ralf Fücks: Ich würde gerne von Fritz Kuhn eine Antwort auf zwei Fragen haben. Die erste ist: Warum hat dieses Thema plötzlich Hochkonjunktur, nachdem es in den letzten Jahren doch eher stiefmütterlich behandelt wurde? Ist das ein Stimmenfischen mit einem populären Thema vor der Wahl? Oder dämmert die Erkenntnis herauf, daß es einen enormen Nachholbedarf in der Kinderpolitik gibt, da sich die familiären Verhältnisse und die individuellen Lebensentwürfe in den letzten Jahrzehnten so dramatisch geändert haben? Spielt dabei möglicherweise die Geburtenrate als Weckruf eine Rolle? In der Bundesrepublik liegen wir in Europa mit 1,4 Geburten pro Frau mit am Ende.

Akademikerinnen bleiben inzwischen zu 40% ohne Kinder. Was macht auf einmal den Reiz und den Druck aus, dieses Thema ganz oben auf die Agenda zu setzen?

Als zweites würde ich gerne noch einmal die Frage von Frau Walther aufgreifen. Wie ist für die Grünen das Verhältnis zwischen höheren Nettoeinkommen für Menschen mit Kindern auf der einen und besserer Kinderbetreuung, Ganztagsbetreuung, Ganztagschulen auf der anderen Seite?

Fritz Kuhn: Ich will bei dem Anstoß von Frau Walther beginnen. Wenn irgendetwas wirklich falsch wäre, dann das, daß wir die ganze kinderpolitische Debatte auf einen Aspekt, nämlich auf Kinderbetreuung versus Familien reduzieren würden. Das wäre so, als würden eine Menge Probleme, die quer durch alle Bereiche laufen und mit dem Thema Kinder zu tun haben, auf zwei Aspekte reduziert. Ich verwende einen ganz umfassenden Begriff von Politik für Kinder. Dieser Begriff beinhaltet den Elternaspekt mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der das Problem der Kinderbetreuung in den Vordergrund rückt, genauso wie die sozialen Fragen und die Rechte für Kinder.

Es geht eben nicht nur um die soziale Frage. Ich will ein paar Punkte nennen. Kinder haben ein ganz allgemeines Recht auf Zukunft. Deshalb sind alle Fragen im Bereich der Ökologie, im Klimaschutz, in der Qualität, wie wir die Erde in zwanzig Jahren vorfinden werden, Fragen von elementaren Kinderrechten. Sie kennen ja unseren alten Spruch „Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt“. Schon deswegen ist für mich ökologische Politik auch das Verwirklichen von Kinderrechten.

Ich werde im Wahlkampf versuchen, das Thema richtig zu setzen und unsere ureigenen Fragen der Ökologie als Kinderfragen zu buchstabieren. Kinder haben ein Recht auf gesunde Ernährung. Die Frage, was für eine Landwirtschaft wir machen, ob die alte oder die neue, ist eine Frage, die für die Belange von Kindern entscheidend ist. Ich meine das nicht in einem eingeschränkten Sinne, wie beispielsweise bezogen auf den Allergieschutz, sondern im umfassenden Sinne, daß es eine Aufgabe der Politik ist, für alle Kinder eine gesunde Ernährung und Umwelt zu ermöglichen, und zwar unabhängig vom Einkommen.

Als nächstes kommt die soziale Frage. Dazu ist schon einiges gesagt worden. Ich will gleich anmerken, daß ich glaube, daß der Punkt, „wegen Kindern darf keine Frau und kein Mann, dürfen keine Eltern arm werden“ im Vordergrund der nächsten Legislaturperiode stehen muß. Wichtiger als die allgemeine Kindergelderhöhung ist der Schutz der unteren Einkommen vor einem Abrutschen in die Armutsfalle. Auch wenn man dies vielleicht kontrovers diskutieren kann. Wir befinden uns in der Situation, so finde ich, wo wir uns zunächst um Menschen kümmern müssen, für die im Augenblick Kinder auf die ein oder andere Weise zur Armutsfalle werden, ehe wir in der Breite das Kindergeld erhöhen. Das ist ein wichtiger Punkt, der sich in den pauschalen Forderungen, wie hoch das allgemeine Kindergeld sein muß, nicht wiederfindet.

Soziale Fragen sind vielfältig. Kinder haben ein Recht auf die bestmögliche Erziehung und Bildung. Da unterstütze ich, was Frau Ministerin Bergmann sagte, sehr. Der Kindergarten ist nichts zum Aufbewahren von Kindern. Dieses „Aufbewahren“ ist natürlich ein Aspekt, aber es gibt auch noch einen Bildungsauftrag. Der ist mit der bestehenden Ausbildung von Erzieherinnen in dieser Weise wohl noch nicht hinreichend berücksichtigt. Also muß die Ausbildung wie die Bezahlung aufgewertet werden. Ich bin für eine Fachhochschulausbildung des Erzieherinnenberufs. Und dann kommen die Männer von selbst. Sobald das Geld stimmt und das Image nachwächst, gehen sie auch in diesen Beruf.

Neben den Fragen der sozialen Sicherung und der Kinderbetreuung gibt es noch Aspekte, die den Wertewandel betreffen. Wir müssen den veränderten Einstellungen der Menschen zu diesen Fragen Rechnung tragen. Ich glaube z.B., daß die Aufteilung der Hausarbeit für die Frage, ob Beruf und Familie vereinbar sind, genauso eine entscheidende Frage ist wie die Kinderbetreuung. Das sind

ganz praktische Fragen, die, wie wir aus Erhebungen wissen, noch nicht in allen Familien selbstverständlich geregelt sind. Vielleicht kann man das so formulieren: Kinder haben ein Recht darauf, daß ihre Eltern, Mütter wie Väter, Zeit für sie haben. Möchte man dieser Aussage gerecht werden, kommt dann plötzlich die Aufteilung von Hausarbeit, aber auch die bestehende Infrastruktur am eigenen Wohnort mit ins Spiel. „Falsch“ zu wohnen, gehört bei Überlegungen über die Gestaltung einer bedarfsorientierten Kinderbetreuung mit in den Topf, da dies viel Zeit kostet. Kinder haben ein Recht auf freie Bewegung. Ich finde, daß die Gemeinden und Städte in ihrer heutigen Form sehr kinderfeindlich sind. Viele, die hier sitzen, blicken auf eine Kindheit zurück, wo man ab einem bestimmten Alter an einem warmen Tag aus dem Haus gehen konnte und erst zum Essen wieder gesehen wurde. Dies ist heute aufgrund der Verkehrssituation in vielen Städten nicht möglich. Die Bewegungsfreiheit von Kinder in ihrem eigenen Viertel ist ein elementares Recht. Wir sind schon so bescheiden geworden, daß wir uns das kaum mehr zu formulieren trauen. Das ist ein wichtiger Punkt, der in einer Debatte über die Rechte von Kindern benannt werden muß.

Es wäre unsere Aufgabe in dieser gegenwärtigen Auseinandersetzung um Kinderpolitik, einen richtig weiten Begriff von Politik für Kinder zu etablieren. Wir müssen versuchen, diesen weitgefaßten Begriff durchzusetzen und ihn nicht auf ein, zwei Fragen, die ohne Zweifel wichtig sind, reduzieren zu lassen.

Es ist die glückliche Situation entstanden, daß aufgrund des bestehenden Problemdrucks keiner mehr an diesem Thema vorbeikommt. Das demographische Problem wird langsam von allen verstanden. Alle, die sich mit Gesundheitspolitik, der Rente oder anderen Politikfeldern beschäftigen, in denen der demographische Faktor eine Rolle spielt, kommen an dem Problem, daß es zuwenig Kinder gibt, um die bestehenden Systeme funktionsfähig zu halten, nicht vorbei. Hier sitzen jetzt die Veteranen der Kinderpolitik, für die die Frage vielleicht komisch klingt, weil sie sie seit vielen Jahren bearbeiten. Aber jetzt kommt keiner mehr daran vorbei, auch der Herr Merz nicht. Und das Schöne an der Bundestagsdebatte heute war, daß man sieht, wie der Junge sich noch am Wording abarbeiten muß, daß er die Begriffe richtig rauskriegt. Das zeigt, er macht es noch nicht lange, aber er muß es auch lernen, und das zeigt uns, es ist einfach ein guter Moment jetzt zuzupacken. Wichtig ist, daß wir es in den Parteien, das gilt für meine und auch für die SPD, schaffen, dieses Thema nach der Wahl in der Konjunktur zu halten. Im Augenblick ist es naheliegend, warum man dafür ist. Damit das aber nach der Wahl in den Koalitionsverhandlungen nicht eine Angelegenheit wird, wo der Herr Eichel oder der Herr Scharping oder jemand aus unserer Partei dafür sorgt, daß die Notwendigkeit zum Handeln in diesem Bereich wieder relativiert und abgeschwächt wird –

Sabine Walther: Ich glaube, Sie verstehen jetzt alle langsam, warum ich die beiden schon vorab ein bißchen gelobt habe. Herr Kuhn hörte sich gerade so an, als hätte er unser vor vielen Jahren verabschiedetes kinderpolitisches Programm „Aktion: Zukunft“ schon ins Wahlprogramm geschrieben. Das finde ich gut. Ich würde jetzt nur auch gerne hören, wie Sie es umsetzen wollen. Und wo Sie anfangen wollen. Die derzeitige Regierung kann ja langsam nicht mehr sagen, die vorherige Regierung hat es so lange versäumt und deshalb dauert es auch noch bis... Es gibt ja auch noch Vorschläge, wie z.B. das Ehegattensplitting abzuschaffen und damit umzuverteilen zwischen denen, die Kinder haben, und denen, die keine haben. Wenn es um das Ehegattensplitting geht, muß ja immer mit bedacht werden, daß es sehr viele Bundestagsabgeordnete gibt, die existentiell davon betroffen sind. Dagegen muß man ja dann, vielleicht sogar in der eigenen Fraktion, angehen. Mich würde sehr interessieren, wie sie beiden das sehen.

Christine Bergmann: Ehegattensplitting ist natürlich kein Thema, das sich allseits großer Beliebtheit erfreut. Mittlerweile ist aber der Druck, dieses heiße Eisen anzugehen, sehr groß. Das Thema wird

im SPD-Wahlprogramm stehen. Allerdings nicht seine Abschaffung. Schon aus verfassungsrechtlicher Sicht ist das nicht möglich. Der gegenseitige Unterhalt muß berücksichtigt werden. Es gibt jedoch Verteilungsspielräume, die man nutzen kann, um das Geld dort hinzulenken, wo Kinder erzogen werden. Da gibt es jetzt keine begeisterte Zustimmung, aber das ist ein Thema, das in der nächsten Legislaturperiode angegangen wird. Sogar der Finanzminister ist dafür. Eine Diskussion darüber, wie weit die Umverteilung gehen kann, steht allerdings noch aus. Aber ich glaube, wir sind jetzt an einem Punkt, an dem allen klar ist, daß die jetzige Regelung zu einer Zeit Sinn machte, als es in fast jeder Ehe Kinder gab. Die aktuelle Situation ist jedoch so, daß ein Drittel aller Ehen keine Kinder hat und eine reine Eheförderung, die über den Auftrag des Artikels 6 des Grundgesetzes hinausgeht, ist einfach nicht mehr vertretbar, wenn wir wissen, wo das Geld wirklich gebraucht wird.

Nun einige Worte zur Kinderbetreuung. Herr Kuhn, die ganze Palette an Forderungen, was eigentlich zu machen ist, haben wir natürlich auch im Hinterkopf. Aber man muß sich erst einmal auf ein paar Dinge konzentrieren, die jetzt anzugehen sind, da das ja Geld kostet und weil man auch möglichst viele mit ins Boot holen muß. Ich teile ihre Meinung, daß Kinder ein Recht auf Familie haben, aber das schließt nicht aus, daß wir auch eine ordentliche Kinderbetreuung haben. Die Situation, die wir in diesem Bereich vorfinden, ist derzeit katastrophal. Wenn wir uns Untersuchungen darüber anschauen, wieviel Zeit Eltern, die erwerbstätig sind, und Eltern, die nicht erwerbstätig sind, mit ihren Kindern verbringen, kommen wir auf gar keine großen Unterschiede. Es geht ja nicht nur darum, wieviel man anwesend ist, sondern auch, wie man für die Kinder da ist.

Wir haben in unserem Wahlprogramm festgeschrieben, daß der Bund sich an der Kinderbetreuung, der Ganztagsbetreuung beteiligt. Wer hier im Raum die Debatten kennt, weiß, was das für ein hartes Stück Arbeit war, das hinzukriegen, daß der Bund eine Aufgabe übernimmt, für die er nicht primär zuständig ist. Der Bund engagiert sich hier, weil wir wissen, daß wir in der Verbesserung der Situation schneller vorankommen müssen und die Kommunen oftmals die Mittel nicht zur Verfügung haben. Ich hätte gerne noch vor der Wahl einen föderalen Gipfel gehabt, wo alle Akteure am Tisch zusammenkommen. Kommunen, Länder und Wohlfahrtsverbände, damit man Nägel mit Köpfen macht und klärt, wer denn jetzt was macht. Aber im Moment ist so ein Gipfel nicht umzusetzen. Die Hysterie und der Unwille, etwas gemeinsam zu vereinbaren, ist vor der Wahl zu groß. Auch wenn es an allen Ecken drängt. Da sich der Bund nun in diesem Bereich beteiligt, erwarten wir natürlich von den Kommunen und Ländern, daß sie sagen, wie ihr Engagement aussieht, was sie jetzt als nächstes tun werden. Wir müssen klären, auf was für einen Standard wir in der nächsten Zeit kommen wollen. Das sind ganz konkrete Punkte, um die es jetzt gehen muß.

Ich teile die Meinung von Herrn Kuhn, daß wir bei der Verteilung der Mittel nicht mit der Gießkanne losgehen dürfen. Die Familien, die in der Sozialhilfe sind, und die besonders schwierige Gruppe derer, die knapp über einem Sozialhilfeanspruch liegen, wie auch die Eltern, für die das Einkommen gerade so reicht, aber für die Kinder eben nicht mehr – diese Gruppen, deren Sozialhilfebedürftigkeit erst durch die Kinder entsteht, müssen stärker von der Förderung profitieren. Dazu gibt es Vorschläge von den Grünen, mein Haus hat dazu gearbeitet, und es gibt Vorschläge von den Wohlfahrtsverbänden. Also dazu ist schon eine Menge gerechnet worden. Wir müssen allerdings beim Kindergeld sehen, das wir nach wie vor eine Schere haben. Die letzten Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts waren ja dazu nicht so toll. Nicht nur, was die Alleinerziehenden anbelangt, sondern auch, weil wir gezwungen waren, neue Freibetragsregelungen zu schaffen. Daß das nicht ohne Freibeträge ging, bedeutet, daß wir wieder eine Schere haben zwischen denen, die Freibeträge in Anspruch nehmen können, und jenen, die Kindergeld bekommen. Dabei war die Erhöhung des Kindergeldes unsere Kür. Wir hätten die Neuregelung ja auch nur über Freibeträge gestalten können. Aufgrund der Karlsruher Beschlüsse wird man die Schere also nicht abschaffen können, aber wir werden sie in Zukunft einmal weitgehend schließen. Konzentrieren müssen wir uns jetzt auf die

Gruppen, die es am nötigsten brauchen. Denn bei dieser Frage geht es um Chancengleichheit, um gleiche Rechte auf Zukunft in unserer Gesellschaft.

In diesem Zusammenhang kommt ein weiterer, wichtiger Punkt ins Spiel. Ich hoffe, daß wir bald zu vernünftigen Regelungen im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes kommen, wenn sich die gegenwärtigen Irritationen um dessen Verabschiedung gelegt haben. Denn das Zuwanderungsgesetz ist ja auch ein Integrationsgesetz. Wenn das Zuwanderungsgesetz endgültig durch ist, müssen wir uns anschauen, was im Bereich der Integration noch alles zu tun ist. Im Gesetz selbst sind einige Punkte angelegt, die vorgeben, in welche Richtung es gehen muß. So z.B. bei der Sprachförderung, bei der noch im einzelnen zu regeln ist, wer was wie zu lösen hat. Damit wir hier das Thema Chancengleichheit für die Kinder von Zuwanderern besser angehen können. Denn dieses Thema ist ein sehr drückendes gesellschaftliches Problem, das keinen Aufschub duldet. Es ist einfach katastrophal, wenn man da an die Zukunftschance denkt.

Nun können wir noch die ganzen Kinderrechte durchgehen und sagen, was im einzelnen wo geschehen muß. Nicht alle Vorhaben in der Politik müssen ja Geld kosten. Der Bereich Beteiligung und Partizipation beispielsweise ist ein enorm wichtiges Thema. Wer es wirklich ernst damit meint, Kinder als eigenständige Persönlichkeiten zu sehen, der muß sich auch um das Thema Partizipation kümmern und sagen können, was denn das eigentlich heißt. Kinder müssen beteiligt werden, wo es um ihre eigenen Angelegenheiten geht, auch um sie dabei in die demokratischen Spielregeln einzuführen. Welche Formen der Kinderpartizipation haben wir denn? Reichen die auch aus? Werden die bestehenden Möglichkeiten auch genutzt? Die Beteiligungsmöglichkeiten fangen schon im Kindergarten an, wenn es beispielsweise um die Gestaltung eines Spielplatzes geht. Werden denn die Kinder und vielleicht auch die Eltern bei solchen Vorhaben gefragt? Wo wird so etwas gemeinsam mit Kindern entwickelt? Wo machen Kinder die Erfahrung, daß sie auch wichtig sind, daß sie gefragt werden, daß sie auch mitreden können? Wobei lernen Kinder, daß sie auch einen Interessenausgleich hinkriegen müssen, weil das eine Kind das will und das andere dieses oder jenes? Das sind ganz wichtige Erfahrungen, die Kinder machen sollten. Diese Rechte auf Partizipation haben wir schon in der ersten Legislaturperiode versucht zu stärken, und das wird auch ein Schwerpunkt in der nächsten sein.

Fritz Kuhn: Ich glaube, zu den allgemeinen Kinderrechten auf Zukunft gehört eine Konzentration auf ökologische Politik, also u.a. die Durchsetzung der neuen Landwirtschaft. Das beinhaltet auch, daß in unseren Kita-Küchen Produkte aus dem ökologischen Landbau aus der Region verwandt werden. Das ist ein ganz konkreter Punkt, der in diesem Zusammenhang wichtig ist.

Wenn wir uns in den alten Bundesländern an einem Betreuungsstandard orientieren, der dem Level Frankreichs, der skandinavischen Länder, aber auch Ostdeutschlands entspricht, müßten wir in der BRD, um die Situation bei der Betreuung der unter Dreijährigen, aber auch der Schulen, zu verbessern, etwa zehn Milliarden Euro einsetzen. Dabei ist die augenblickliche Lage in Ostdeutschland so, daß dort gekämpft werden muß, daß der Kinderrückgang nicht dazu genutzt wird, die bestehenden Standards zu schleifen. Diese zehn Milliarden Euro zeigen, wie weit wir von einer wünschenswerten Betreuungssituation entfernt sind. Nun sagen wir, in vier Jahren wollen wir fünf Milliarden Euro für die Situation bei den unter Dreijährigen und für die Schulen verwenden. Zusätzlich wollen wir eine Grundsicherung, eine Kindergrundsicherung. Das Modell, das wir errechnet haben, sieht vor, daß einkommensschwache Familien in einem gestaffelten System um bis zu hundert Euro zusätzliches Kindergeld bekommen können. Die Bundestagsfraktion hat die Kosten dieses Modell mit 2,5 Milliarden quantifiziert. Genau diese Summe können wir aus dem Abschmelzen des Ehegattensplittings finanzieren. Ich glaube, daß man das machen kann. Meine Einschätzung ist: das wird man jetzt auch machen. In den letzten Koalitionsverhandlungen war es noch schwierig. Die Stimmung war zwar

grundsätzlich dafür, aber die Umsetzung wurde wegen der Haushaltslage und anderer Prioritäten doch nicht geschafft. Das wird das nächste Mal anders sein.

Die Tatsache, daß wir im Wahlkampf so über Kinderpolitik diskutieren, bedeutet auch, daß das Thema in den nächsten Koalitionsverhandlungen einen höheren Stellenwert haben muß. Daß bei uns der Parteivorsitzende dafür zuständig ist, daß der Bundeskanzler jetzt eine Regierungserklärung dazu gemacht hat – das sind Zeichen dafür, daß es dem Thema nicht mehr so ergeht wie 1998.

Zu diesem Komplex rechne ich auch die Bildungspolitik. Da haben wir richtig Schwierigkeiten, da die Bildungspolitik Ländersache ist. Allerdings möchte ich nicht nach dem Muster handeln, wie wir es derzeit im Bildungsrat beobachten können. Alle sagen, was sie für wichtig halten, aber letztendlich passiert nichts. Das reicht mir nicht mehr. Ich fordere die Länder auf, jetzt wirklich Konsequenzen zu ziehen aus den ganzen Studien und Untersuchungen, die man hat. Und nicht mehr Ping-Pong zu spielen nach dem Motto: „Bei mir ist es gut – bei euch ist es schlecht“. Ich möchte damit nicht sagen, der Bund brauche mehr Kompetenzen für die Schule. Das ist eine heikle Geschichte, denn dabei müßte er erst beweisen, daß er es besser kann. Subsidiarität ist ein gutes Prinzip. Ich glaube, daß man weiter unten besser versteht, was an den Schulen los ist. Ich würde eher sagen, die Schulen müssen in der Autonomie an die Gemeinden, und sie müssen selbständiger werden. Wir haben Bundesländer, in denen die Bildungsministerien sehr weit weg sind von dem, was in der Region oder der Lebenswirklichkeit der einzelnen Schulen stattfindet. Das sind die Punkte, die wir in den nächsten Jahren angehen und umsetzen wollen.

Ralf Fücks: Werner Sauerborn soll die Einleitung zum Thema „Leben mit Kindern“ machen. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift „Paps – Zeitschrift für Väter“. Dieser kleine Perspektivenwechsel führt zu der Frage: Wieviel Zeit und Geld sind notwendig, um ein gutes Leben mit Kindern führen zu können? Der Widerspruch ist evident: Wer Kinder hat, braucht mehr Geld, hat aber in der Regel weniger verfügbares Einkommen, braucht mehr Zeit, hat aber in der Regel weniger freie Zeit als Menschen ohne Kinder.

Werner Sauerborn: Ja, und wie geht die Politik mit dieser Konstellation um? Da ist es sinnvoll, auf Ihre erste Frage zurückzukommen, woher dieser Aufschwung von Familien- und Kinderpolitik auf einmal kommt. Ich fürchte, wir werden uns diese Federn, alle wie wir hier sitzen, einschließlich Ihnen, Frau Ministerin, nicht an den Hut stecken können. Ich glaube, der Aufschwung des Themas hat sehr viel damit zu tun, daß die Wirtschaft entdeckt hat, daß es ein Vereinbarungsproblem gibt. Hinzu kommt die PISA-Studie, hinzu kommen Standortargumente. Diesen Umstand kann man natürlich zurückstellen und sagen: Das nehmen wir als familienpolitischen Windfall profit mit. Trotzdem ist es wichtig, nochmal genauer hinzuschauen und zu fragen: Ist das überhaupt die Kinderpolitik, die wir meinen, die jetzt angestoßen wird?

Herr Kuhn hat es richtig gesagt: Es ist nicht nur die Frage von Geld und Infrastruktur zur Kinderbetreuung. Kinderpolitik ist mehr. Kinderpolitik ist alles das, was Kinder brauchen. Das ist das sozialräumliche Umfeld, das ist die Umweltpolitik, das ist aber auch die Familie im engeren Sinne. D.h. die Zukunft von Kindern ist auch maßgeblich dadurch geprägt, wie die Familie funktioniert. Ob es eine Gleichberechtigung der Eltern gibt, ob die Kinder Partnerschaft erleben, ob die Familie ein stabiler Bezugsrahmen ist. Hierbei darf auch das Thema Trennung und Scheidung nicht übergangen werden. All diese Punkte sind auch wichtige Bedingungen für die Zukunft von Kindern. Da muß aufgepaßt werden, daß man nicht zu kurz springt.

Bei den Themen Geld und Infrastruktur stehen im Augenblick die Türen weit offen. Es geht aber eben auch um weitere Punkte und dabei insbesondere auch um geschlechterpolitische Fragen, die eine Klammer um das System Familie darstellen. Da lohnt es sich, einen genaueren Blick darauf zu

werfen. Am offenkundigsten ist, daß die Überschriften, unter denen die Union antritt, zwar immer lauten: „Wir wollen gleichberechtigte Verhältnisse zwischen Mann und Frau“. Wenn man sich jedoch die konkreten Angebote anschaut wie das Konzept des Familiengeldes oder die kategorische Ablehnung jeglicher Abstriche vom Ehegattensplitting, dann ist zu erkennen, daß dieses Bekenntnis im Grunde nicht so ernst gemeint ist. Ich bin mir aber auch nicht sicher, ob die Konzepte, die Rot-Grün anbieten, weit genug gehen. Ich habe den Eindruck, die ganze Frage des Geschlechterverhältnisses in diesem Konzept wird zu sehr reduziert auf die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und auf den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung. Natürlich gehen von da aus auch Impulse einer Demokratisierung des Geschlechterverhältnisses aus, aber ich fürchte, wenn man es dabei beläßt und darauf verzichtet, eine ausdrückliche Geschlechterpolitik zu betreiben, werden wir uns zwar ein Stück weit vom Alleinverdienermodell entfernen, aber in Richtung Geschlechterdemokratie ist das eben nur ein Stück des Weges. Eher wahrscheinlich ist mit dieser Herangehensweise die Etablierung des Anderthalb-Ernährermodells – d.h., der Mann ist vollberufstätig, die Frau ist teilberufstätig, weil sie auch bei ausgebauten Kinderbetreuungsangeboten noch so viel Zeit für die Kinder aufwenden muß, daß eine Vollerwerbstätigkeit schwierig ist. Von daher hätte ich weitergehende Vorstellungen von einer Kinder- und Familien- und damit auch Geschlechterpolitik.

Ich will das an einigen Punkten konkretisieren. Das Paradebeispiel ist natürlich die Elternzeitregelung. Da hat die Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode wirklich einen großen Stein ins Wasser geworfen, zumindest was die Struktur und den Ansatz anbelangt. In der quantitativen Ausgestaltung ist sie auch hier ein wenig sparsam geblieben. Das, was in dem Erziehungsgeld- bzw. Elternzeitgesetz angelegt ist, müßte in der nächsten Legislaturperiode weiterentwickelt werden. Der Nettolohnbezug des Erziehungsgeldes muß erreicht werden. Der Gedanke der Budgetierung im Erziehungsgeldgesetz, d.h. daß die Mittel am Anfang konzentriert werden, ist sehr richtig. Dies müßte weiterentwickelt werden, vielleicht in Verbindung mit einer „Väterquote“. Der Gedanke eines Individualanspruchs auf Elternzeit ist es in diesem Zusammenhang auch wert, weiter verfolgt zu werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Teilzeitgesetz. Daß das nur in Betrieben ab 15 Beschäftigten gilt, ist ein großes Problem. Ich weiß, daß das keine Absicht war, sondern einem politischen Kompromiß geschuldet ist. Betriebe unter 15 Beschäftigte klingt wenig, bedeutet aber in der Realität, daß 6,7 Millionen Arbeitnehmer von dem Recht auf Teilzeit ausgeschlossen sind. Dort, wo Teilzeit möglich ist, ist die Umsetzung noch recht problematisch, da insbesondere Männer Angst haben, die Angebote, die nun gesetzlich geregelt sind, in Anspruch zu nehmen, da sie Karriereverluste befürchten. Dem könnte entgegengewirkt werden, indem die Rückkehrrechte in die Vollzeit verbessert würden. Diese offene Flanke in dem Gesetz ist ein Unding. Da die bestehende Regelung von Männern viel weniger in Anspruch genommen wird, ist es sinnvoll, sich Gedanken zu machen, was zu tun ist, daß sich gerade Männer stärker auf Familienorientierung einlassen, und wo dabei die Hürden stehen. Ich bin grundsätzlich der Auffassung, die Geschlechterfrage hakt im Augenblick mehr auf der Männerseite. Dieser Seite sollte jetzt mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden, weil dort die größeren Steine im Weg liegen. Auch die Frauenfrage würde wieder stärker in Schwung kommen, wenn sich auf der anderen Seite der Medaille mehr Bewegung abzeichnen würde.

Nun zum umstrittenen Thema der Splittingbesteuerung. Diese Regelung ist wirklich das Rückgrat des patriarchalischen Sozialstaates. Und sie betrifft nicht nur Frauen. Frauen sind dadurch betroffen, weil sie damit in die Familien zurückverbannt werden. Männer sind davon betroffen, weil sie in die Rolle des Alleinverdieners gedrängt werden. Viele Männer werden entgegen ihren eigenen Wünschen durch die familieninterne Betriebswirtschaft in diese Ernährerrolle hineinmanövriert. Von daher muß diese Konstruktion verändert werden. Aber mein Eindruck ist, daß es die Parteien aufgegeben haben. Die CDU hat es ja noch nie anders gewollt, aber das, was sich an Veränderungen bei Rot-Grün abzeichnet, ist im Grunde auch nicht viel. Die Änderungen beziehen sich alle nur auf das

Kappen des Splittingvorteils. Die Grünen haben den Plan, das dabei eingesparte Geld zweckgebunden in eine Erhöhung des Kindergeldes zu investieren. Damit wird aber nur die Verteilungsfrage, die soziale Frage, angegangen. Das Strukturprinzip ist, daß die Alleinernährerehe gefördert wird, und an diesem Prinzip ändert man nichts, wenn man nur kappt. Mit dieser Regelung stehen wir in Europa allmählich ziemlich alleine da. Von einer fortschrittsorientierten Familienpolitik erwarte ich, daß dieses Thema auf der Tagesordnung bleibt und in der nächsten Legislaturperiode im Kern dieses Prinzips wirkliche Veränderungen stattfinden, die nicht nur die soziale Frage der Kappung betreffen.

Christine Bergmann: Ich glaube nicht, daß Sie recht haben, Herr Sauerborn, daß es ausschließlich ökonomische Zwänge sind, die uns hier vorantreiben. Es gibt schon auch die politisch motivierte Seite. Dabei ist es natürlich hilfreich, daß es im Moment in bestimmten Bereichen einen Mangel an Fachkräften gibt. Das wird langsam begriffen, daß Frauen ein wichtiges Potential in der Wirtschaft sind, auf das man nicht mehr länger verzichten kann.

Es gibt auch Druck von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die fragen, was heißt denn das eigentlich: „Familie leben“? Das heißt nämlich, daß eine Familie auch gemeinsame Zeit haben muß. Wir brauchen Arbeitszeitstrukturen, die es zulassen, daß alle in der Familie zur gleichen Zeit mal zusammen sein können. Wer in Familien lebt, weiß, daß es keinen Sinn macht, wenn man den Kindern sagt: „Also am Donnerstag, 19 Uhr, bin ich zuhause, wenn du ein Problem hast, dann kommst du mal vorbei“. Das funktioniert nicht. Man muß auch verbindliche, gemeinsame Zeit haben. Man muß Möglichkeiten haben, sich ein bißchen einzustimmen. Dann kommt das ein oder andere, was Kinder an Problemen haben oder auch der Partner an Problemen hat. Da ist die wirtschaftliche Situation schon hilfreich, aber auch das geänderte gesellschaftliche Bewußtsein in Richtung „Work and Life-Balance“.

Sie haben das Elternzeitgesetz angesprochen. Wir haben ja nicht nur das Gesetz gemacht, wir haben es ja auch mit großen Kampagnen, wie z.B. „Mehr Spielraum für Väter“, begleitet.

Wenn die Regelung bisher wenig von Vätern in Anspruch genommen wird, führt uns dies zu dem kritischen Punkt des Rollenbildes. Wie fest sitzt dieses alte Rollenbild in der Gesellschaft? Wenn wir mit Vätern in den Unternehmen reden, dann stellt sich heraus, daß es enorm wichtig ist, daß von den Unternehmen vermittelt wird, daß es kein Karrierekiller ist, wenn man Arbeitszeit reduziert. Das trifft natürlich in gleicher Weise auf Frauen zu. Für Frauen war das bisher auch nicht gerade karrierefördernd, Arbeitszeit zu reduzieren oder eine Weile auszusteigen. Aber da ist die Debatte endlich an der richtigen Stelle. Wenn man mit Vätern spricht, dann kommt natürlich immer die Frage: „Wie weit reicht es denn finanziell, wenn ich die Arbeitszeit reduziere?“ Mindestens genauso wichtig ist aber die Frage: „Wie ist denn mein Image, wie werde ich in der Gesellschaft angesehen, wenn ich Teilzeit arbeite?“ Ich denke, in diesem Punkt hat sich inzwischen etwas getan. Die Väter erzählen mehrheitlich, in ihrer eigenen Generation wenig Probleme zu haben. Die Kollegenreaktion oder die der Freunde ist gut. Schwierigkeiten gibt es dann häufig mit der Mütter- oder Schwiegermüttergeneration, die sagen: „Mensch, Junge, nun wird ja aus Dir überhaupt nichts mehr, jetzt setzt Du nicht voll auf Erwerbsarbeit, jetzt versuchst Du eine familienfreundliche Regelung zu finden“. Hier muß ein Prozeß angestoßen werden. Da werden die guten Beispiele gebraucht, diejenigen, die auch mal mit der Fahne vorne wegziehen und dazu stehen.

In der Elternzeit, der Arbeitszeitreduzierung ist das Rückkehrrecht ja geregelt. Geregelt ist das auch mit unserem Gleichstellungsdurchsetzungsgesetz für die Bundesbehörden. Das gilt für Mütter und Väter in gleicher Weise. Wer aus familiären Gründen seine Arbeitszeit reduziert, kann auf Vollzeit zurück. An anderen Stellen im Gesetz hat es den ein oder anderen Kompromiß gegeben. Das ist klar. Anders ist so etwas nicht durchzusetzen. Trotzdem muß man da weitermachen.

Es geht vor allem darum zu klären, was uns vorschwebt, wenn wir sagen: „Es gibt ein Recht auf Familie“. Das heißt für mich, Kinder haben ein Recht auf Mütter, aber eben auch auf Väter. Kinder haben ein Recht auf Väter, und Väter brauchen auch ihre Kinder. Wer über eine moderne Familienpolitik redet, der muß auch darüber reden, daß es nicht ausschließlich Sache der Mütter ist, wie sie das hinkriegen. Es muß auch um Arbeitsteilung gehen. Gerade im Interesse der Kinder. Kinder sollen ihren Vater nicht nur gelegentlich erleben. Ich glaube, in diesem Feld haben wir eine Bresche geschlagen. Da kann ich mir jetzt nur wünschen, daß es auch wirklich viele Väter gibt, die von diesen Angeboten Gebrauch machen. Wir werden in diese Richtung weitermachen. Das steht in unserer Agenda für die nächste Legislaturperiode. Bei der Dynamisierung des Erziehungsgeldes und verwandten Punkten muß es weitergehen. Bei der Diskussion über das Erziehungsgeld wird häufig dafür gestritten, daß der Weg in Richtung Lohnersatzleistung gehen soll. Man muß aber fairer Weise sagen, daß alle Länder, die eine Lohnersatzleistung haben, das nicht lange durchhalten. Die beschlossene Budgetierung geht aber trotzdem in diese Richtung. Das ist dann aber wiederum mit der Frage verbunden: Habe ich ein ausreichendes Betreuungsangebot? Kriege ich mein Problem geregelt, oder habe ich erst ab drei Jahren einen Kitaplatz?

Fritz Kuhn: Ich will zunächst mal sagen, daß wir eine richtig scharfe Debatte über das kriegen, was Union und FDP mit Familiengeld wirklich meinen. Diese Debatte muß man scharf und nicht zudeckend führen. Deren Konzept heißt, Geld hinlegen und gucken, daß nicht zu viele Frauen auf den Arbeitsmarkt gehen. Deswegen ist es ein geschlechterdemokratisches Konzept. Unser Konzept sieht so aus, daß wir die Infrastruktur so verbessern, daß Männer und Frauen Familie und Beruf vereinbaren können. Da, glaube ich, unterscheidet sich die Grundrichtung von SPD und Grünen nicht, allenfalls die Ausgestaltung. Wenn ich das doppelte Geld hätte, würde ich beides machen. Das ist aber eine Frage der Verteilung. Die Union würde mit diesem ganzen Chaos, das der Stoiber gerade produziert, Zustände herbeiführen, daß es sich gerade bei hoher Arbeitslosigkeit und im Bereich der geringen Qualifikation eben doch mehr lohnt, auf Familiengeld zu investieren. Das wäre ein gesellschaftspolitischer Rückschritt. Ich will das hier so deutlich sagen, es stehen sich hier gesellschaftspolitische Welten gegenüber. Dieser Gegensatz geht jedoch zum Teil in der Debatte um die Höhe des Elterngeldes unter. Es sind ganz grundlegend unterschiedliche Sichtweisen, wie Männer und Frauen zusammenleben können, die sich in diesem Wahlkampf gegenüberstehen. Das will ich hier auch betonen.

Ich glaube, daß ein Abschmelzen des Ehegattensplittings der richtige Weg ist. Man kann mit mir über verschiedene Modelle offen diskutieren. Es gibt ja auch unterschiedliche Modelle. Jedes Modell hat gesellschaftspolitisch andere Implikationen, und jedes Modell hat ein paar geschicktere oder schlechtere steuerpolitische Auswirkungen. Das muß zusammengedacht werden. Es gibt zwei Grenzen. Erstens muß es durch das Bundesverfassungsgericht, da wir eine Grundgesetzänderung zu diesem Thema nicht durchkriegen werden. Und zweitens darf es den Menschen, die Kinder großgezogen haben und ihren Lebensweg auf das Ehegattensplitting ausgerichtet haben, hinterher nicht die Geschichte verhageln. Sonst haben wir einen Aufstand an einer Stelle, die richtig idiotisch wäre. Denn wir brauchen für eine neue Kinderpolitik auch die Menschen, deren Kinder schon groß sind, um Mehrheiten zu bilden. Das ist die zweite Einschränkung. Wir müssen den Übergang so gestalten, daß man sich auf das neu ausgerichtete Ehegattensplitting oder reduzierte Splitting wirklich einstellen kann. Das ist wichtig, weil wir für eine erfolgreiche Kinderpolitik jetzt schauen müssen, wo die Bündnispartner sind. Wir müssen dem Umstand Rechnung tragen, daß Familien mit Kindern nicht mehr die Mehrheit sind, schon gar nicht bei den Entscheidern und Multiplikatoren.

Es gibt noch ein paar Felder in der Geschlechterdemokratie, die nicht unbedingt mit gesetzlichen Regelungen zu packen sind. Ich will ein Beispiel nennen. Wenn sie heute als Vater zum Personal-

chef gehen und Teilzeit haben möchten, weil sie Kinder haben, dann wird ihnen das in einem größeren Betrieb in der Regel gewährt. Dafür haben wir die Grundlagen extrem verbessert. Was ich aber gesetzlich nicht regeln kann, ist, daß der Personalchef in der Personalakte einen Vermerk macht, vielleicht mit Bleistift, oder er denkt ihn sich nur, der lautet: „Guter Mitarbeiter, will aber keine Führungsaufgabe mehr“. Solange so in Personalabteilungen oder bei Chefs gedacht wird, ist natürlich die Frage der realen Vereinbarkeit von Karriere und Familie nur eingeschränkt möglich. Was wir deshalb brauchen, ist ein Aufstand der Eltern, die sich das nicht mehr gefallen lassen, und daß sich die gesellschaftlichen Institutionen wie die Gewerkschaften, die Kirchen und die Verbände sich dieser Fragen annehmen. Wir müssen diese alltägliche Diskriminierung nach allen Regeln der Kunst skandalisieren. Das gehört dazu. Ich setze da nicht auf eine gesetzliche Regelung, sondern auf die Power, die man aus dem Druck über Diskussionen und Protest gewinnen kann.

Ralf Fücks: Für die Schlußrunde habe ich eine letzte Frage an das gesamte Podium: Gesetzt den Fall, Sie werden in der nächsten Legislaturperiode Minister für Familie, Frauen, Senioren und Jugend – was sind dann Ihre zwei wichtigsten Reformvorhaben?

Christine Bergmann: Das wichtigste Reformvorhaben ist wirklich, ein bedarfsgerechtes, qualitativ hochwertiges Kinderbetreuungsangebot zu schaffen. Und zwar von der Geburt bis zur sechsten Klasse. Das ist das wichtigste Vorhaben in der nächsten Legislaturperiode und zwar mit einem besonderen Augenmerk auf die Nachfrageorientierung.

Fritz Kuhn: Da kann ich mich anschließen. Neben der Kinderbetreuung ist die zweite zentrale Aufgabe die Kindergrundsicherung als Schutz vor Armut. Ich möchte auch noch etwas zum Ehegattensplitting sagen. Das Abschmelzen des Ehegattensplittings bedeutet, daß alle, die bisher große Vorteile haben, geringere Vorteile haben werden. Ich will Ihnen klarmachen, daß wir nichts davon haben, wenn wir mit einer Lösung durchs Land ziehen, die vor dem Verfassungsgericht keine Chance hat. Zu dem Thema gibt es nunmal schon ein Urteil. An dieses Urteil will ich mich halten, denn sonst sind alles leere Versprechungen. Außerdem bemißt sich Radikalität der Politik nicht daran, wie sehr man sich mit Karlsruhe anlegt. Zudem muß ich noch einmal sagen, daß es Menschen gibt – und das sind nicht die Superreichen –, die in der Vergangenheit so gelebt haben, daß einer oder eine gearbeitet hat und die Kinder von dem oder der anderen großgezogen wurden. Die haben ihren Lebensplan entlang bestehenden Rechts gestaltet und haben jetzt, da die Kinder groß sind, entsprechende Erwartungen. Diese große Gruppe aufzubringen, sie in die Arme von Stoiber und der FDP zu treiben durch Vorschläge, die sie in ihrer sozialen Existenz bedrohen würde, ist politisch irrsinnig. Denn dann gewinnen Stoiber und die FDP, und dann passiert gar nichts beim Ehegattensplitting. Wenn Rot-Grün bzw. Frau Bergmann und ich jetzt sagen würden: „Das ist uns egal“ – dann mobilisiert die FDP und die CDU genau diese Bevölkerungsgruppe gegen diese politische Konzeption. Das halte ich für falsch. In diesem Punkt würde man nur einen politischen Fehler machen.

Sabine Walther: Da die beiden Politiker zum Glück schon meine wichtigsten Anliegen vorgetragen haben, fasse ich mich ganz kurz. Mir fällt noch ein kostenneutraler Punkt ein: Elternzeit wie in Schweden. Da verfällt ein Stück Elternzeit, wenn die Väter sie nicht in Anspruch nehmen. Ich gönne jedem Kind den Vater, und vielleicht wäre das ein etwas druckvoller Anreiz, da die freiwilligen Angebote manchmal nicht ausreichen. Es fiel ja schon mal der Spruch: „Männer sind halt, wie sie sind“. Wir müssen dafür sorgen, daß die neuen Männer nachwachsen. Es gibt ja schon ein paar. Das sind die zwei, drei Prozent, die auch Elternzeit nehmen.

Christine Bergmann: Man muß sich allerdings im klaren sein, daß es sich in Schweden um einen Monat dreht. Das wird gerade, glaube ich, auf zwei Monate verlängert. Es geht nicht etwa um die Halbierung der Elternzeit. Aber ein Vätermonat wäre ja auch schon was.

Werner Sauerborn: Ich würde zwei Sachen machen. Das ganze Thema „Mehr Geld in den Bereich Familie und Kinder, bessere Kindergartenstruktur“ – da sind die Türen weit offen. Da würde ich nur noch ein bißchen in die richtige Richtung steuern. Dann würde ich die Geschlechterfrage um 90 Grad drehen. Ich würde ein Referat Geschlechterdemokratie, wie es bei der Böll-Stiftung existiert, im Ministerium etablieren. Ich würde die Männer- und Väterpolitik als gleichberechtigte Politik neben der Frauenpolitik in eine Geschlechterpolitik integrieren und würde darauf setzen, daß von so einem Referat die richtigen Impulse beim Splitting, bei der Elternzeit, bei der Teilzeit usw. ausgehen.

Ralf Fücks: Vielen Dank. Die Diskussion hat gezeigt: Kinderpolitik ist Gesellschaftspolitik. Es geht dabei um Gerechtigkeitsfragen und Verteilungsfragen, aber auch um unser Menschenbild. Eine Gesellschaft, der die Kinder ausgehen, ist eine arme Gesellschaft, auch wenn sie über ein hohes Pro-Kopf-Einkommen verfügt. Wenn wir wieder mehr Platz für Kinder schaffen wollen, brauchen wir nicht nur eine verbesserte Infrastruktur für die Kinderbetreuung und höhere Einkommenstransfers für Eltern. Offenkundig ist die Frage der Geschlechterdemokratie von zentraler Bedeutung für die Frage, ob Frauen noch bereit sind, Mütter zu werden. Das ist vor allem eine Herausforderung an die Väter, ihren Part bei der Betreuung und Erziehung von Kindern zu übernehmen. Der Rückbau des Ehegattensplitting und die Förderung von Teilzeitarbeit sind dafür sicher ein wichtiger Beitrag. Aber die nötigen Veränderungen müssen auch im Kopf stattfinden. Es geht um Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern und um die Balance zwischen beruflichen Ambitionen und Zuwendung zu Kindern. Dabei könnten am Ende alle gewinnen. Das ist leicht gesagt, aber schwer getan.

# DIE GEMEINSCHAFTSAUFGABE GESCHLECHTERDEMOKRATIE IN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Geschlechterdemokratie als gesellschaftspolitische Vision und Leitbild

Geschlechterdemokratie ist in der Satzung der Heinrich-Böll-Stiftung „als ein von Abhängigkeit und Dominanz freies Verhältnis der Geschlechter“ definiert. „Diese Gemeinschaftsaufgabe ist sowohl für die interne Zusammenarbeit als auch für die öffentliche Tätigkeit aller Bereiche ein maßgebliches Leitbild.“ (§2 Abs. 3)

Dieser Ansatz wird in der Heinrich-Böll-Stiftung nun schon seit mehreren Jahren Schritt für Schritt erfolgreich praktiziert.

Geschlechterdemokratie hat zum Ziel

- gleiche Teilhabe von Frauen und Männern an politischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen;
- gleichen Zugang zu Ressourcen zu gewährleisten;
- Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum (Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur etc.) ebenso wie im privaten Bereich (Familie, Paar- bzw. zwischenmenschliche Beziehungen, Haushalt etc.) herzustellen;
- die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern gerecht neu zu regeln und zu bewerten, so daß Männer ihren Anteil an der Erziehungs-, Betreuungs- und Hausarbeit übernehmen (können);
- autoritäre und gewaltförmige Strukturen zwischen Frauen und Männern im privaten Bereich wie im öffentlichen Raum zu verhindern.

Die Umsetzung des Leitbildes Geschlechterdemokratie ist ein prozeß- und praxisorientierter Ansatz, der einen Beitrag zur Umgestaltung von Politik und Gesellschaft sowie zur Reorganisation von Institutionen und Organisationen leisten soll und kann.

Die Stabsstelle Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie

Die Stabsstelle Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie begleitet, initiiert und fördert Prozesse und Projekte der Umsetzung in den einzelnen Bereichen, Abteilungen und Teams der Stiftung. Dabei bleibt die selbständige fachliche und persönliche Umsetzung in der Verantwortung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den jeweiligen Abteilungen bzw. Gremien der Stiftung.

Die Stabsstelle ist auf der Referentenebene mit einer Frau und einem Mann besetzt. Dieses Gender-team (Gabriele Schambach und Henning von Barga) hat insbesondere Steuerungs- und Beratungsaufgaben. So werden die in den Abteilungen und Gremien gemachten Erfahrungen gebündelt, ausgewertet und in die Organisation zurückgegeben.

Im Rahmen der eigenen politischen Bildungsarbeit organisiert die Stabsstelle seit April 2000 die Reihe „Geschlechterdemokratische Dialoge“. Expertinnen und Experten aus Theorie und Praxis bringen im Dialog die Idee und Vision von Geschlechterdemokratie in der Gesellschaft voran und geben Impulse für die Weiterentwicklung.

Die Dokumentationen der Veranstaltungen sowie weitere Informationen können in der Stabsstelle angefordert werden.

Stabsstelle Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung

Kerstin Ahrens – Henning von Barga – Gabriele Schambach

Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin

Tel: 030/28534-181; Fax: 030-28534-109; E-Mail: [gender@boell.de](mailto:gender@boell.de); Internet: [www.boell.de](http://www.boell.de)